



Hauke Thiessen

Liebe Wilsteranerinnen, liebe Wilsteraner,

die SPD im Wahlkreis 3 - Steinburg, Dithmarschen Süd, Bad Bramstedt - hat mich am 8. November zum Direktkandidaten für unsere Region gewählt. Ich bedanke mich für mehr als 90% der Stimmen!

Ich bin 40 Jahre alt, verheiratet, Vater eines Sohnes. Vom Beruf bin ich Gymnasiallehrer und bewusst an der Gemeinschaftsschule mit Oberstufe in Kellinghusen tätig.

Über die Tätigkeit in der freiwilligen Feuerwehr und als Rettungsschwimmer bin ich schließlich zur Politik gekommen. Mein Vater ist gelernter Radio- und Fernsehtechniker, meine Mutter Realschullehrerin. Ich selbst habe mir das Studium mit Schichtarbeit als Aufsichts- und Reinigungskraft verdient. In die SPD einzutreten war für mich die logische Konsequenz.

Seit meinem Parteieintritt vor mehr als zehn Jahren habe ich in der Kommunalpolitik an der kommunalen Wärmeplanung gearbeitet. Ich bin Ortsvereinsvorsitzender der SPD in Kellinghusen.

Diese Themen stehen ganz oben auf meiner Agenda

Meine wichtigsten politischen Schwerpunkte sind die Bildungs- und Digitalpolitik, die Einleitung der Energiewende und die Infrastrukturpolitik. Ich befürworte den Ausbau der A20, A23 und der Bahnbindung im Wahlkreis.

Auch im ländlichen Raum dürfen die Menschen nicht von den Zentren abhängig werden. Dazu gehört u.a. der Ausbau und die Elektrifizierung des Schienennetzes und ein bezahlbares Deutschlandticket. Mobilität halte ich auch für eine soziale Frage, die Jugendliche ohne Führerschein und Auto, aber auch Senior*innen betrifft, die nicht mehr selbst fahren wollen oder sich ein Auto nicht leisten können.

Jetzt Arbeitsplätze sichern und den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken!

Bundeskanzler Olaf Scholz hat vorgeschlagen, um Arbeitsplätze zu sichern und die Wirtschaft zu stärken die Stromnetz-Übertragungsentgelte für Firmen zu senken: Ab 2025 solle ein fester Deckel eingeführt werden, der die Kosten für die Übertragungsnetzentgelte halbiert und auf drei Cent festschreibt. Damit wollen wir für wettbewerbsfähige Strompreise sorgen und Planungssicherheit schaffen. Dort, wo Arbeitsplätze in der Industrie in Gefahr sind, würde es sofort unterstützend wirken.

CDU/CSU müssen jetzt auch mitgehen. Es geht um die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Die SPD Wilster ist die MITMACH – Partei:
als Mitglied oder interessierte/r Bürgerinnen und Bürger!
Sprechen Sie uns gerne an!

Impressum: Für Leserbriefe und Anregungen

Dat Rothuusblad – Redaktion - Peter Dunkel - Hans-Peter-Mohr-Weg 2 - 25554 Wilster
E-mail: dunkel@spd-wilster.de / www.spd-wilster.de

WILSTER **SPD**



Deshalb muss das Gesetz im Bundestag noch in diesem Jahr beschlossen werden. Und ich erwarte auch, dass vor der Bundestagswahl noch eine Mehrheit im Bundestag zustande kommt, um Beschäftigte und Familien steuerlich zu entlasten und das Kindergeld zu erhöhen.

Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen endlich durchsetzen Aktuell liegt ein fraktionsübergreifender Gesetzentwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs im Bundestag, den ich ausdrücklich unterstütze. Der Gesetzentwurf ist ein wichtiger Schritt für mehr Selbstbestimmung und eine bessere medizinische Versorgung von ungewollt Schwangeren. Konkret kann das Gesetz dafür sorgen,

- dass Schwangerschaftsabbrüche nicht länger im Strafgesetzbuch, sondern neu im Schwangerschaftskonfliktgesetz geregelt werden. Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen muss endlich aufhören!
- dass die Beratungspflicht für Schwangere weiterhin bestehen bleibt - die anschließende Wartezeit von drei Tagen jedoch entfällt;
- dass Schwangerschaftsabbrüche als Teil der medizinischen Versorgung durch die Krankenkassen finanziert werden können.

Schwangere müssen freien Zugang zu medizinischer Versorgung, verlässliche Informationen und staatliche Unterstützung haben – unabhängig davon, ob die Schwangerschaft gewollt ist oder nicht. Ein modernes Recht muss die Lebensrealitäten von Schwangeren ernst nehmen und sie unterstützen – ohne Stigmatisierung oder Kriminalisierung.

Tarifverträge sind ein Garant für faire Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Sicherheit. Inzwischen arbeitet aber nur noch rund die Hälfte der Beschäftigten in tarifgebundenen Jobs. Das ist uns deutlich zu wenig! Wir wollen die Tarifbindung stärken.

Der Staat sollte dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Im Jahr 2022 hat der Bund öffentliche Aufträge im Wert von fast 38 Milliarden Euro vergeben. Bei den Ausschreibungen kommen Unternehmen, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen, aber oft nicht zum Zug, weil Betriebe ohne Tarifvertrag einen Wettbewerbsvorteil haben. Das müssen wir mit einem Tariftreuegesetz endlich ändern.

Sie haben Fragen an mich?

Schreiben Sie mir gerne an: hauke.thiessen@spd-steinburg.de

Es grüßt Sie herzlich, verbunden mit den besten Wünschen für das bevorstehende Weihnachtsfest und einen guten Start in das neue Jahr

Ihr Hauke Thiessen

SPD - Grünkohlessen – öffentlich! –
am 12.01.2025 um 12.00 Uhr, "Zum Landhaus" Wilster
10 Euro (Eigenbeitrag)

Anmeldung an Peter Dunkel Tel. 0175 1842 804

Mail: peterdunkel@t-online.de

Jetzt anmelden/Gäste sind herzlich willkommen

bis zum 10.01.2025

Zu guter Letzt:
Die Sparkasse Westholstein fördert ein Mobiles Kino
im Jugendzentrum und ein zusätzliches Spielgerät
in der Kita Schwalbennest.

Wir sagen Danke!

Eine Zeitung des **SPD** - Ortsvereins Wilster

Dat Rothuusblad

**Frohe Weihnachten
und ein friedliches
neues Jahr 2025**
Herzlich Ihre und Eure SPD Wilster

Foto: Winter in Kasenort 2010

Grundsteuerreform- ► Grundsteuer B - ► Hebesätze - ► Ausbaubeträge ► Information und Position

Sehr geehrte Leser*innen,

die oben genannten Begriffe erscheinen fremd und dennoch haben sie viel mit unserem Alltag, den verbundenen Lebenshaltungskosten und insbesondere mit den Kosten für sog. Wohngrundstücke und Nicht-Wohngrundstücke zu tun. Ich möchte in diesem kurzen Beitrag versuchen, Ihnen die Begriffe und die Relevanz etwas näher zu bringen.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die bisherige grundsteuerliche Bewertung als verfassungswidrig eingestuft hat, ist durch den Gesetzgeber ein Grundsteuer-Reformgesetz verabschiedet worden, das nun zum 01. Januar 2025 in Kraft treten wird. Auf dieser Grundlage sind neue Bewertungsregeln und neue Grundsteuer-Messbeträge entstanden, die es nun anzuwenden gilt. Die Grundsteuermessbeträge haben sich reduziert und um nun zu einer unveränderten Steuer-Einnahme für die Stadt Wilster zu gelangen, ist eine Erhöhung der sog. Hebesätze von bisher 425% erforderlich. Dieser Hebesatz galt bisher für beide Kategorien von Grundstücken. Für die Wohngrundstücke betrug die Einnahme aus der Grundsteuer B bisher ca. 508 T€ und für die Nicht-Wohngrundstücke ca. 137 T€; insgesamt also eine Einnahme in Höhe von ca. 645 T€.

Als konsolidierungsbedürftige Kommune hat die Stadt Wilster bei der Festlegung der neuen Hebesätze darauf zu achten, dass es nicht zu Mindereinnahmen kommt, also die sogenannte Aufkommensneutralität gewahrt ist. Das ist eine wichtige Bedingung, um die zum Ausgleich eines defizitären Haushaltes möglichen Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen durch das Land erhalten zu können. In der jüngsten Ratsversammlung vom 9.12.2024 ist nun eine mehrheitliche Entscheidung getroffen worden, die sich an dem sog. Transparenzregister orientiert und für beide Kategorien von Grundstücken einen Hebesatz in Höhe von 612% vorsieht. Die SPD-Fraktion hatte für einen differenzierten Hebesatz votiert, der im Ergebnis zu einer Gleichbehandlung geführt und auch die Aufkommensneutralität gewährleistet hätte. Da es in der Mehrheitsfraktion Zweifel an der Berücksichtigung eines differenzierten Ansatzes gab, konnten wir unsere Position und den damit verbundenen Kompromissvorschlag zunächst nicht realisieren.

Mit dem neuen Hebesatz ist die Neutralität des Aufkommens gewahrt, der neue Ansatz führt aber im Ergebnis zu einer Mehrbelastung für die Wohngrundstücke. Wenn nach der Einführung der Neuregelung mehr Rechtssicherheit besteht, werden wir das Thema erneut aufgreifen und einen Kompromiss suchen. Das Thema Hebesätze wird uns möglicherweise erneut beschäftigen im Zusammenhang mit den Straßenausbaubeiträgen. Doch hierzu mehr in unserer nächsten Ausgabe.

Das Thema Hebesätze wird uns möglicherweise erneut beschäftigen im Zusammenhang mit den Straßenausbaubeiträgen. Doch hierzu mehr in unserer nächsten Ausgabe.

Herzliche Grüße! Ihr Bernd Hannemann (Mitglied der Ratsversammlung)

Die Schleuse in Kasenort wird 100 Jahre alt

Das auch heute noch umfangreicher Sanierung in den vergangenen Jahren noch gut erhaltene technische Bauwerk Schleuse Kasenort, Baubeginn am 01. Juli 1925, ersetzte die damalige Tunnelschleuse, die etwa 50 Meter weiter westlich als Sielschleuse bestand. Hatte die alte Sielanlage nur eine Breite von 4,2 Metern, maß die neue Schleuse fast sieben Meter in der Breite und die Schleusenkammer zwischen dem Ober- und dem Unterhaupt konnte mehrere für die Wilster-Au durchaus große Schiffe aufnehmen und auch noch ein- bis zwei Stunden nach Niedrigwasser durchschleusen.

Schon vor dem ersten Weltkrieg war klar, dass eigentlich eine neue Schleuse gebaut werden müsste, da das alte Bauwerk den Verkehr stark behinderte und eben nur bei Niedrigwasser passierbar war. Als dann im Jahr 1920 auch noch der Frachtschiff „Pirat“ aus Wilster in der Schleuse steckenblieb, das Siel deshalb nicht geschlossen werden konnte und dadurch sogar Teile der Stadt Wilster unter Wasser standen, entschied man sich nach langen Verhandlungen mit dem Staat (damals Deutsches Reich), der Provinz (damals Schleswig-Holstein als preußische Provinz), dem Kreis und den Wilsterau-Schleusenkommunen für den Neubau, der am Ende mehrere hunderttausend Reichsmark kostete.

Auch zur Statistik über die Frachten gibt es Daten: 1911 fuhren 635 Schiffe beladen nach Wilster, aber 563 Schiffsladungen fuhren hinaus, das Verhältnis war noch annähernd ausgeglichen. 1929, knapp zwanzig Jahre später, waren es noch immer 499 Schiffsladungen, die nach Wilster kamen, aber nur noch 85 gingen wieder hinaus. Aus dieser Änderung im Transportvolumen lässt sich schließen, dass der Transport von Waren aus Wilster heraus auf dem Wasserweg innerhalb dieser Zeit stark abgenommen hatte.

Der Bau der Schleuse kam für Wilster vermutlich etwas zu spät, denn die große Blütezeit des Schiffsverkehrs auf der Wilster-Au war vorbei, bis schließlich in den 1980er Jahren auch die letzten Frachtschiffe aus Wilster verschwanden.

Auch das Problem der Verschllickung hat damals bereits bestanden, denn die Wilster-Au war an mehreren Stellen aufgrund von Untiefen nur schlecht für größere Schiffe passierbar. Zudem standen bei längeren Regenwetter die tieferliegenden Ländereien und auch Keller in der Stadt wochenlang unter Wasser, wie einem Bericht von 1930 zu entnehmen ist.

WILSTER

SPD

Quelle: Voß, Dr. Otto: Wilster im Wandel der Jahrhunderte 1282 – 1982, Wilster 1982

Verkehrsprobleme in Wilster

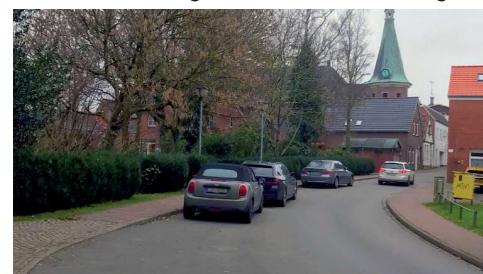
Bereits im vergangenen Rothusblad hatten wir alle Bürgerinnen und Bürger gefragt, welche Verkehrsprobleme sie in Wilster sehen. Wir danken für zahlreiche Rückmeldungen, die wir dazu erhalten haben. Die Fraktion bereitet einen Antrag für den Bau-Ausschuss vor.

Welche Themen sollen auf die Tagesordnung:

► Zur Rathausstraße gab es mehrere Meldungen, denn wenn die nicht funktionierende Ampel ausgeschaltet ist, bleibt das seit Jahren gegebene Grundproblem, dass übergroße Fahrzeuge durch diese Straße fahren und sich dabei sogar begegnen. Ein Ausweichen auf die ohnehin schon schmalen Gehwege bleibt nicht aus und führt nicht selten zu gefährlichen Situationen. Hier besteht sehr dringender Handlungsbedarf. Am besten wäre nach wie vor, den großen Fahrzeugen die Nutzung der Umgehungsstraße zu ermöglichen und die Straßen der Innenstadt für diesen Schwerlast-Durchgangsverkehr zu sperren. Eine andere Lösung wäre, die Ampel im Wechselbetrieb zu schalten, wie es in zahlreichen Städten z.B. in Thüringen oder Bayern, problemlos funktioniert. Auch das Aufstellen eines stationären Blitzgeräts wird von Anwohnern gefordert.



► Die Zingelstraße ist bereits Einbahnstraße, dennoch kommt es durch parkende Fahrzeuge immer wieder dazu, dass Fahrzeuge in Höhe des Trichtergartens über die Gehwege fahren oder im eng bebauten Bereich die Hauseingangstüren mit sehr geringem Abstand passieren. Gelegentlich durchfahren auch größere Lastkraftwagen diese dafür nicht gebaute enge Straße. Mit einem Haltever-



bot vor der Engstelle (Trichtergarten) und einem Verbot der Durchfahrt für Lkw und schwere Fahrzeuge kann hier wirkungsvoll gegengesteuert werden.

► Im Steindamm gibt es das Problem, dass die von der Innenstadt kommenden Linksabbieger, die zum Parkplatz WEZ fahren wollen und den Gegenverkehr abwarten müssen, rechts überholt werden. Diese Fahrzeuge überfahren dann in Höhe der Ampel die Bordsteine und erzeugen dadurch Verkehrsgefährdung für Fußgängerinnen und Radfahrer, die hier auch den Gehweg nutzen dürfen.



Ein zweites Problem ist die Radfahrsituation zwischen WEZ und der Kreuzung Klosterhof / Kohlmarkt. Es wird oft auf beiden Gehwegen auch mit dem Rad gefahren. Auf der Südseite ist es erlaubt, aber für Radfahrende in beiden Richtungen und zusätzlich für Fußgängerinnen ist dieser Gehweg einfach zu schmal. Auf der Nordseite ist der Gehweg für die gemeinschaftliche Nutzung durch Zufußgehende und Radfahrende nicht geeignet und auch nicht freigegeben. Dennoch fahren hier oft auch Fahrräder in beiden Richtungen.

Eine Lösung wäre es, auf der Straße vom WEZ bis zur Kreuzung Kohlmarkt / Klosterhof auf beiden Seiten auf der Fahrbahn Fahradstreifen zu markieren, um den Radfahrenden mehr Platz einzuräumen.

► Am Markt und vom Markt zum WEZ ist es vor allem für Fußgängerinnen und Menschen, die auf Rollstuhl oder Rollatoren angewiesen sind, schwierig, die holprigen Wege zu gehen und die Straßen zu überqueren. Lösungsidee wäre, die Sanierung hier voranzutreiben, auch wenn die Verwirklichung eines Gesamtkonzepts noch lange auf sich warten lässt.

► Die Blumenstraße ist einfach zu eng und keinesfalls als Durchgangsstraße geeignet. Zusammen mit den Anwohnern müssen Lösungsvarianten zur Verkehrsentslastung besprochen werden. Vor allem die Ausfahrt der Blumenstraße sollte geprüft werden, ob die Feuerwehr noch sicher durchfahren kann.

► Ein Dank an den Bauhof!



Die Schottbrücke in Krumwehl / Neustadt muss ohnehin neu gebaut werden, aber die Anrammung wurde jetzt mit einfachen Mitteln wieder hergestellt. Danke!

► Fahrrafreundliche Stadt:



Ein Thema von Bürgerinnen und Bürgern ist die Frage, wie kann die Stadt fahrrafreundlicher werden. Zusammen mit Fahrradfahrenden sollte die ganze Stadt genauer untersucht werden, wo die Probleme am größten sind.

► "Auweg" alter Auarm Klosterhof/Lange Reihe: Anwohner beklagen sich, dass der Auweg als Abkürzung genutzt und viel zu schnell gefahren wird.

► Bedarfssampel Grundschule in der Etatsr.-Michaelsen-Straße: Zustimmung beim Landesbetrieb Verkehr beantragt - wir bleiben dran.



Kommunale Wärmeplanung ein erster Schritt zur Energiewende in Wilster

Am 19.11.2024 hatten die Wilsteraner:innen erstmals die Möglichkeit sich über die kommunale Wärmeplanung in Wilster zu informieren. Da der Andrang so groß war, soll im Januar eine weitere Informationsveranstaltung folgen.

Für Wilster ist die kommunale Wärmeplanung ein erster Schritt auf dem Weg zum Umstieg auf klimafreundliche Heizungen.

Um das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2045 zu erreichen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffimporten zu reduzieren, schreibt das Gebäudeenergiegesetz vor, dass ab Januar 2024 in Neubauten innerhalb von Neubaugebieten nur noch Heizungen installiert werden dürfen, die mindestens 65 Prozent Erneuerbare Energien nutzen. Sofern in den Bestandsgebäuden neue Heizungen benötigt werden, sind nach dem derzeitigen Stand der Gesetzgebung alle Hausbesitzer verpflichtet nach dem 30.06.2028 Heizungen mit einem Anteil von mindestens 65 Prozent Erneuerbarer Energie einzubauen.

Die jetzt vorliegende Wärmeplanung teilt die Stadt grob gesagt in zwei Gebiete ein: Insbesondere der Stadt kern (rot markiert) eignet sich für den Bau kommunaler Wärmenetze, während alle Hausbesitzer in den gelb markierten für sich weiterhin eine individuelle Heizungslösung planen müssen (z.B. Einbau einer Wärmepumpe). In diesen Bereichen ist der Bau von Nahwärmenetzen unwirtschaftlich. In diesen Gebieten empfehlen wir zunächst eine kostenlose Energieberatung in Anspruch zu nehmen. Für das Stadtzentrum dagegen sind Wärmepumpen ungeeignet. Sie hätten zu wenig Platz und wären auch laut.

Wie geht es jetzt weiter? Die Stadtwerke Wilster haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, in dem die Nutzung der Abwärme des Umspannwerks von Tennet in Nortorf untersucht wird. Ganzjährig steht dort 37 Grad warmes Wasser zur Verfügung, welches durch den Bau einer Wärmeleitung in Wilster genutzt werden kann und für alle gedachten kommunalen Wärmenetze ausreichend wäre. Auf dem Weg vom Umspannwerk nach Wilster soll das Wasser durch den Einsatz z.B. eine Großwärmepumpe auf 70 – 80 Grad hochgeheizt werden. Das Gutachten soll in September/Oktobe 2025 vorliegen und vor allem Antworten zu der Wirtschaftlichkeit geben.

Ein weiterer Schritt ist dann die schrittweise Untersuchung der Machbarkeit (Investitionskosten/ Kosten für den Endverbraucher) in den geplanten Wärmenetzen. Dabei kommt es entscheidend darauf an, dass sich mindestens 60% (mehr wäre besser) an das Nahwärmenetz anschließen.

Es braucht also weitere Informationsveranstaltungen – spätestens Ende 2025/Anfang 2026 - vor allem für alle Bürger:innen in den „rot“ markierten Gebieten, um sich über einen möglichen Bau von Nahwärmenetzen und vor allem über die monatlichen Wärmekosten informieren zu lassen.

Wichtig ist es, zu realisieren, dass es ab 2045 kein Gas mehr gibt und die Stadtwerke die Gasversorgung einstellen. Der Umstieg soll in den nächsten 20 Jahren schrittweise bewegt werden und für uns als SPD kommt es entscheidend darauf an, dass niemand überfordert wird.

WÄRME-KÄLTE-PLAN FÜR DIE STADT WILSTER

Bauausschuss | Philipp Lieberodt | Wilster | 07.11.2024

Wärmenetzpotenziale (Flurstücke)

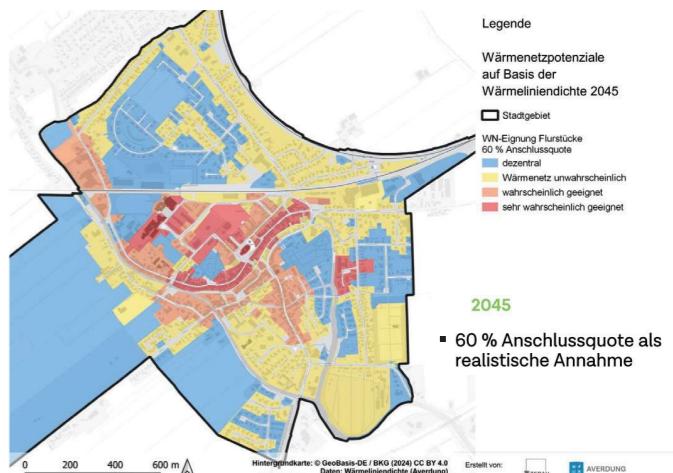


Abbildung aus dem Gutachten
https://www.wilster.de/fileadmin/Amt/Bilder/Aktuelles/Bericht_KWP_Wilster_2024-10-30.pdf

Kostenlose Energieberatung des Kreises Steinburg zu Hause lohnt sich

Als in der ShZ berichtet wurde, dass der Kreis Steinburg die Kosten für eine Energieberatung übernimmt, stand der Entschluss fest, uns jetzt mal professionell beraten zu lassen. Wir wollten den ganzen Fragen und Unsicherheiten, die das neue Gebäude-Energie-Gesetz (GEG) bei uns ausgelöst hat, auf den Grund gehen.

Wir wohnen in einem großen Einfamilienhaus, das um 1900 gebaut wurde. Im Erdgeschoss hohe Decken, das Obergeschoss ist erst später ausgebaut worden. Die Vorsitzer haben die Außenwände sehr gut gedämmt und wir haben in den letzten 4 Jahren die Fenster nach und nach erneuert. Zurzeit heizen wir noch mit einer Ölheizung, die mittlerweile 24 Jahre alt ist und auch für die Warmwasserversorgung zuständig ist. Mit diesen Informationen ausgestattet kam Herr Asbahn als zuständiger Berater in unser Haus und hat sich alles in Ruhe angeschaut – Heizkörper, Thermostate usw. Viele Punkte im Haus erfüllen schon die Voraussetzungen für den Einbau einer Wärmepumpe, anderes muss noch nachgerüstet werden. Da wir in unserem Altbau keine Fußbodenheizung haben, wurden wir umfassend auch über alternative Möglichkeiten informiert.

Insgesamt ist das Fazit: Es hat sich auf alle Fälle gelohnt von einem Fachmann beraten zu werden, mit ganz konkreten Vorschlägen, ganz individuell auf unser Haus und nicht zuletzt auf unseren Geldbeutel zugeschnitten.

Wir haben daraus gelernt nicht in Hysterie zu verfallen, sondern abzuwarten - noch funktioniert unsere Heizung ja, auch wenn das Heizöl immer teurer wird und ganz in Ruhe zu planen, wie wir einen Teil zur Energiewende beitragen können, ohne uns hoffnungslos im Alter zu verschulden!

Wie schön, dass es diese Möglichkeit im Kreis Steinburg gibt.